

PRESSEINFORMATION

Bundesweite Chemie-Tarifverhandlungen starten

Wiesbaden, 14. Januar 2014

Arbeitgeber fordern Kostenbremse

Vor Beginn der bundesweiten Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie fordern die Arbeitgeber die IG BCE auf, ihre Beurteilung der wirtschaftlichen Lage vom Kopf auf die Füße zu stellen. BAVC-Verhandlungsführer **Hans-Carsten Hansen**: „Bisher haben wir von der IG BCE kaum mehr gehört als Zweckoptimismus, um eine überzogene Lohnforderung zu stützen. Wir wollen mit der Gewerkschaft auf dem Boden von Tatsachen über einen Kompromiss verhandeln. Einen Tarifabschluss auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit können wir uns nicht leisten.“

Morgen (Mittwoch, 15. Januar 2014) wird die Chemie-Tarifrunde für 550.000 Beschäftigte in 1.900 Betrieben mit der ersten Verhandlung auf Bundesebene in Darmstadt fortgesetzt.

Hansen: „5,5 Prozent mehr Geld wird es nicht annähernd geben“

Die Arbeitgeber fordern eine Kostenbremse, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken. „5,5 Prozent mehr Geld wird es nicht annähernd geben“, bekräftigt BAVC-Verhandlungsführer Hansen. Die Chemie-Produktion liegt derzeit noch immer unter dem Vorkrisenniveau von 2007. Seit über zehn Quartalen bewegt sich die Branchenkonjunktur seitwärts. Hansen: „Die Chemie läuft nur auf Sparflamme. Unter dem Strich steht ein stagnierendes Geschäft bei steigenden Kosten.“

Seit 2011 habe die Branche an Wettbewerbsfähigkeit verloren. „Die Produktivität ist gesunken, die Lohnstückkosten sind hingegen deutlich gestiegen. Diesen Trend müssen wir umkehren – im Interesse von Standort und Beschäftigung“, fordert Hansen. Die Schere zwischen kräftigen Tariferhöhungen und rückläufiger Produktivität dürfe nicht weiter auseinandergehen. „Die Chemie muss beim Entgelt auf die Kostenbremse treten.“

„Übernahmen müssen in der Verantwortung der Unternehmen bleiben“

Mit Blick auf den Ausbildungs-Tarifvertrag sieht Hansen Chancen für eine Annäherung. Die Arbeitgeber seien bereit, die Erfolgsgeschichte des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung“ fortzuschreiben, wenn der tarifliche Grundsatz „Ausbildung geht vor Übernahme“ weiterhin gilt. Im Weg stehe allerdings die Übernahmeforderung der IG BCE. Hansen: „Die Übernahme-Entscheidung muss in der Verantwortung der Unternehmen bleiben. Jeder tarifliche Zwang würde dazu führen, dass die Ausbildungsbereitschaft Schaden nimmt.“

